

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesner  
Grenzstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Weissen besoldlichsterseits bestimmte Blatt.

Postkontos.  
Tresden 1580.  
Strohloffe:  
Riesner Nr. 52.

Nr. 62.

Dienstag, 14. März 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Refamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demöglicher Redakt. erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Seebühlstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

## Polens Vorgehen auf der Westerplatte vertragswidrig.

### Neueinstellung von 90000 Mann für Reichsbahnarbeiten. Vorbereitungen für die Reichstagsöffnung.

#### Der Volksentscheid.

Auch die preussischen Gemeindevahlen waren ein Volksentscheid. Sie bestätigten die Wahlen acht Tage zuvor, sie bestätigten andere Mehrheiten und schufen eine Einheit, eine Übereinstimmung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Nun ist tatsächlich ein Wille in allen Instanzen zu finden, nun ist eine Mehrheit in der Lage, in Reich, Ländern und Gemeinden ihren Willen durchzusetzen. Das ist eine Klärung, wie man sie bisher nie für möglich gehalten hat. Es kann jetzt keine Hindernisse mehr geben, es gibt kein wider den Strom Schwimmen, es gibt keine Sabotage. Die klare Linie des Regierungswillens gilt in den Ländern und Gemeinden. Hier sind die gleichen Kräfte am Werk und werden bemüht sein, reibungslos das Schiff vorwärts zu steuern.

Der Ausgang der preussischen Gemeindevahlen konnte gar nicht überraschen. Nach den Reichstagswahlen lag es ohne Zweifel, daß die nationale Revolution sich auch der Rathhäuser bemächtigen würde. Auf legale Weise, wieder mit dem Stimmzettel, sind die zum Teil roten Mehrheiten aus dem Sattel gehoben. Auch in den Rathhäusern kann der Reinigungsprozess beginnen. Freilich werden hier keine Ueberströmungen möglich sein. Es ist ein langsamer Umbau erforderlich, da die Gemeinden bei ihrer Verschuldung keine großen Lasten übernehmen können und alles vermeiden werden muß, jegliche Repräsentanten in Pension zu schicken, was eine finanzielle Belastung der Gemeinden zur Folge hätte. Noch sind viele Stadträte im Amt und Jahre gewählt, noch sitzen viele Stadträte im Amt und können aus ihm nur durch Pensionierung entfernt werden. Noch sind viele Polen von Beamten besetzt, die einmal auf dem Wege über eine Partei hineingekommen. Sollte man sofort eine gründliche Säuberung halten, so käme eine Verwirrung, die starke Rückschläge mit sich brächte. Die neuen Stadtmehrheiten aber werden mit der Zeit für Veränderungen sorgen, denn es liegt bis auf wenige Städte und Landgemeinden in ihrer Hand, Wahlen nach eigenem Ermessen durchzuführen und auf legale Weise Männer in die Verantwortung zu bringen, die ihr Vertrauen haben.

Es ist in der Situation von einer Säuberung der Rathhäuser, von einer Neugestaltung gesprochen worden. Nicht in allen Städten ist es drunter und drüber gegangen. Es gibt noch Städte, da man nur die weiße Weste kannte und für jeden städtischen Funktionär die Hand ins Feuer legen konnte. Es gibt sogar Städte, die unverwundbar sind und die auf eine erfolgreiche Aufbaubarbeit zurückblicken können. Die Nachprüfung durch die neue Mehrheit in den Rathhäusern wird deshalb erst fehschrittweise haben, wo ein neuer Kurs notwendig ist, wo mit eisernem Besen ausgekehrt werden muß.

Wie das Reich, wie die Länder, so haben nun auch die neuen Mehrheiten in den Rathhäusern die Aufgabe, die Aktion gegen die Verarmung zu beginnen und mitzuwirken, um die Aufwärtsbewegung vorwärts zu treiben. Die große Mehrheit der Wähler hat in zwei Wahlen unbedingtes Vertrauen zu der neuen Führung befundet. Sie wird aber auch gerade deshalb in diesem unbedingten Vertrauen alles, was geschieht, mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Ihr Glaube darf nicht erschüttert werden.

Die Disziplin der Gefolgschaft bewährt sich, wie man heute bereits anerkennen muß. Und die Ruhe, die endlich eingetreten ist, nachdem die Wahlen vorüber sind, bringt den mit seiner Existenz ringenden Mittelstand insbesondere wieder zur Erkenntnis seiner Lage, gleichzeitig aber auch zu einer neuen Initiative, die aus der Hoffnung nach Besserung wachsen darf.

Das deutsche Volk hat eine klare Entscheidung gefällt, der Volksentscheid am 5. und 12. März ist ein überwältigendes Ereignis in einem bisher zerrissenen Deutschland. Hier zeigt sich, daß es doch möglich ist, die Kräfte zu sammeln und getrieben auf die nationale Bewegung den Reinigungsprozess des leidenden, ringenden Landes zu unternehmen. Es werden ruhige Tage eintreten, es können ruhige und bereinigte Monate und Jahre kommen, die von politischen Kämpfen nicht mehr erschüttert werden. Und diese Sicherheit allein schon dürfte eigentlich für den Wiederantritt. In diesen ruhigen Zeiten wird die Regierung wahrscheinlich mit der gleichen starken Initiative, die sie bisher entwickelt hat, den Kurs nach vorwärts finden und zu steuern vermögen. Daß sie keine leichte Aufgabe hat, ist offensichtlich. Aber sie hat sich den gelunden Boden vorbereitet, sie hat sich das Vertrauen der Massen erobert, und das bedeutet viel. Sie braucht nicht mit Hemmungen zu ringen, weil ihr Wille in den Ländern und Gemeinden ist, weil die Einverständnis aller Verwaltungen doch eine gewaltige Schildkröte bedingt.

#### Beschlüsse des Völkerbundsrates.

Genf. (Funkdruck.) Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute vormittag in öffentlicher Sitzung mit dem Vorstoß Polens gegen Danzig auf der Westerplatte. Die kurze Verhandlung endete damit, daß Polens Vorgehen, wie bereits in so vielen anderen Fällen, vom Räte als vertragswidrig festgestellt wurde. Der polnische Außenminister Dr. Beck gab eine Erklärung ab, daß Polen die Truppenverpflichtungen auf der Westerplatte sofort zurückziehen werde.

#### Die Frage der Danziger Polizei.

Genf. (Funkdruck.) Der Völkerbundsrat hat sich heute nach der Zurückweisung des polnischen Vorstoßes auf der Westerplatte noch kurz mit der Frage der Gassepolizei in Danziger Gasse beschäftigt. Die Danziger Regierung hat sich am 15. Februar abzugeben gelehrt, infolge der Übergriffe der Polen die Ordnungsbefugnisse, im Danziger Gasse wieder in die eigene Hand zu nehmen. Auf den Antrag Polens, in diesem Vorgehen Danzig eine action directe zu erlauben, ist der Rat heute nicht eingegangen, sondern hat auf den Vorschlag des Berichterstatters beschlossen, die endgültige Regelung dem ordentlichen Verfahren vor dem Völkerbundsrate zu übertragen. Sowohl Danzig wie Polen erklärten sich mit diesem Vorschlag, der vom Völkerbundsrate angenommen wurde, einverstanden.

#### Zurückziehung der polnischen Vertretungen von der Westerplatte noch heute?

Genf. (Funkdruck.) In Völkerbundsreisen erwartet man, daß nach der heutigen Stellungnahme des Völkerbundsrates, die eine einmütige Verurteilung des Vorstoßes Polens auf der Westerplatte bedeutet, die polnische Regierung noch im Laufe des heutigen Tages die Vertretungen von der Westerplatte zurückzieht. Der Präsident der Freien Stadt Danzig, Dr. Nizem, ist entschlossen, solange in Genf

#### 90 000 Mann werden bei Reichsbahnarbeiten neu eingestellt.

Berlin. (Funkdruck.) Unmittelbar mit Beginn des Herbstjahres hat die Reichsbahn ihre Oberbau-Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten in vollem Umfange aufgenommen. Die Reichsbahn hat hierfür die Einstellung von etwa 70 000 Arbeitern angesetzt. Diese Arbeiter werden bis in die Herbstmonate hinein bei den Bahnunterhaltungsarbeiten der Reichsbahn beschäftigt werden. Darüber hinaus werden die Privatunternehmer, die von der Reichsbahn zu Oberbauarbeiten herangezogen werden, in die Lage versetzt, über 20 000 Arbeiter hierfür einzustellen. Insgesamt finden also durch diese Oberbauarbeiten der Reichsbahn etwa 90 000 Köpfe von Frühjahr bis Herbst Arbeit und Brot. Mit den Neueinstellungen ist bereits begonnen worden.

#### Die Vorbereitungen für den Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche und die Reichstagsöffnung.

Berlin. (Funkdruck.) Wie wir zu dem feierlichen Akt in der Potsdamer Garnisonkirche erfahren, wird der Reichspräsident vor dem Altar Platz nehmen. Rechts und links werden die Mitglieder der Reichsregierung und die Ministerpräsidenten der Länder sitzen, im Schilde der Kirche die Reichstagsfraktionen, und zwar auf der einen Seite die nat.-soz. Fraktion, auf der anderen die Vertreter der übrigen Parteien. Das diplomatische Corps und die Presse wird auf der Empore untergebracht. Für die deutsche und ausländische Presse stehen 80 Sitze zur Verfügung, eine aus der Beschränkung der Raumverhältnisse ergibt. Die Plätze für die Presse bleiben den Nachrichtenagenturen und den Berliner Vertretern der auswärtigen Zeitungen vorbehalten. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß es unumgänglich ist, anderen Pressevertretern, die etwa zur Eröffnung des Reichstages nach Berlin kommen wollen, Plätze bereit zu halten. Die Reichspressestelle und die Reichspost haben bereits alle Maßnahmen getroffen,

um eine glatte technische Abwicklung der Berichterstattung sicherzustellen. In der stoll-Oper wird die Reichspost auch noch ein besonderes Postamt einrichten.

#### Drei Danziger Protestnoten den Ratsmächten überreicht.

tu. Genf. Der Danziger Senatspräsident Nizem hat an den Völkerbundsminister Nizem am Montag drei Protestnoten gerichtet, die dieser unverzüglich den Ratsmächten zur Kenntnisnahme gebracht hat.

In der ersten Note teilt Nizem an den erneut in der Presse auftauchenden Behauptungen über die zu beschränkten Anschläge revolutionärer Elemente gegen die Westerplatte mit, daß nach dem sofort in Danzig eingeleiteten Beschlüssen nicht die geringsten Anzeichen hier für vorhanden seien.

In der zweiten Note teilt Nizem mit, daß nach soeben aus Danzig eingetroffenen Nachrichten die polnischen Truppen auf der Westerplatte Befestigungsarbeiten, Stacheldrahtverhaue-Anlagen betrieben, Übungen mit Maschinengewehren veranstalteten usw. Der Danziger Senat behält sich einen neuen Antrag gegen die Besetzung der Danziger Westerplatte vor, nach der die Anlegung von Befestigungswerken verboten ist.

In der dritten Note teilt Nizem mit, daß nach soeben eingetroffenen Mitteilungen eine schwere Schädigung des Danziger Handels durch die Nichtbeachtung der vertraglichen Abmachungen durch Polen hinsichtlich des Munitionsbedarfs auf der Westerplatte eingetreten sei. Das Beden sei eine Woche lang ununterbrochen für den friedlichen Danziger Handel geherrt, obwohl die Munition- und Kriegsgeräteeinfuhr nur fundenweise stattdessen hätten und zur Zeit überhaupt nicht stattfänden.

#### Kabinettsitzung in Baden.

Ein Bericht des Kommissars des Reiches.

Karlsruhe. (Funkdruck.) Wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, fand heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Kommissars des Reiches, Wagner, eine Sitzung des neuen badischen Kabinetts statt, bei der der Kommissar einen ausführlichen Bericht über das Vorgehen der Regierung seit der Machtübernahme gab. Die Stellung der neuen Regierung sei stärker als die aller vorhergegangenen Kabinette, nicht nur weil sich die Polizei und die gesamte Beamtenschaft geschlossen und freudig hinter sie gestellt haben, sondern vor allem, weil sie im gesamten staatsbeherrschenden Volk verankert sei. Es gäbe keinen Marxistenterror mehr in Baden. Große Teile der Arbeiterklasse hätten in den letzten Tagen ihren marxistischen Organisationen den Rücken gekehrt, und den Weg zur Nation und Volksgemeinschaft gefunden. Die neue Regierung werde rücksichtslos und gründlich die verborgenen Vorgänge der letzten 14 Jahre überprüften und jede Handlung der Verleumdung zur Kenntnis bringen. Das sogar an höchsten Stellen versucht worden sei, im letzten Augenblick noch Akten zu bereinigen, beweise, wie schlecht das Gewissen der abgetretenen Herren sei.

#### Hefige Kämpfe an der Großen Mauer.

tu. Peking. Einige Kilometer südlich der Großen Mauer ist eine große Schlacht zwischen chinesischen und japanischen Truppen ausgefochten worden, wobei die Armee Chinas fast 4000 Mann verloren haben soll. Die Chinesen unternahmen einen Angriff auf die japanische Vorhut; sie wurden aber zurückgeschlagen.

In Tokio sind Meldungen eingelaufen, daß die chinesischen Truppen verweilte Verluste zur Eroberung des Ostengatopakes in der Provinz Szechuan machen. Seit Freitag sind heftige Kämpfe um den Wak im Gange. Nach einem großen japanischen Gegenangriff in der Nacht zum Freitag sind die Chinesen zurückgedrängt worden.









### Verteidigung des Reichspräsidenten für die Opfer des kalifornischen Erdbebens.

**Berlin.** Der Reichspräsident hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika anlässlich des Erdbebenjubiläum in Los Angeles ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm gerichtet.

**Glückwunschtelegramm des Reichspräsidenten an den dänischen Gesandten in Kopenhagen.**

**Berlin.** (Funkhr.) Reichspräsident von Hindenburg hat dem zur Zeit im Haag weilenden kaiserlichen konsularischen Gesandten in Kopenhagen ein herzliches Glückwunschtelegramm überandt.

### Stahlhelm-Landesführer von Neufville zum Nachfolger General Stülpnagels auserkoren.

**Stuttgart.** Zum geschäftsführenden Präsidenten des Reichsverbandes für Jugendberufshilfe an Stelle des vor einigen Tagen verstorbenen Generals a. D. von Stülpnagel ist der Landesführer des Stahlhelms für Baden und Württemberg, Major a. D. von Neufville, in Aussicht genommen.

### Reichsminister Goebbels vereidigt.

**Berlin.** (Funkhr.) Der Herr Reichspräsident hat heute die durch das Reichsministerium vorgeschriebene Vereidigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Paul Josef Goebbels vorgenommen.

### Reichsminister Goebbels dankt den Amtswaltern der NSDAP.

**Berlin.** Reichsminister Goebbels hat gestern an die Amtswalter der Propaganda der NSDAP. folgende Kundgebung gerichtet:

„Mit dem heutigen Tage übernehme ich das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Ich sehe in dieser Berufung eine Anerkennung für die vorbildliche Arbeit, die die Propaganda-Amtswalter der gesamten Bewegung in den vergangenen, vor allem im letzten Wahlkampf, manchmal unter Aufopferung ihrer eigenen Person, geleistet haben. Ich möchte deshalb allen Amtswaltern der Propaganda an dieser Stelle meinen tiefempfundenen Dank für die tatkräftige Mitarbeit, die sie der Reichspropaganda-leitung so oft geleistet haben, zum Ausdruck bringen. Auf Wunsch des Führers behalte ich die Reichspropaganda-leitung der Partei weiterhin bei; ich hoffe, daß es uns gelingen wird, in absehbarer Zeit durch eine vorbildliche Aufklärungsarbeit sowohl von Seiten des Staates als auch der Bewegung das ganze deutsche Volk für die Idee der nationalen Revolution zu gewinnen. Gott segne!“

### Zur Reform des Krankenkassenwesens.

Die Reformberatung der beabsichtigten Reform des Krankenkassenwesens ist, wie wir hören, in den letzten Tagen so weit gefördert worden, daß bereits in nächster Zeit die neuen Gesichtspunkte mit den Regelungen der Länder durchgebrochen werden sollen. Die ursprünglich beabsichtigte Ernennung eines eigenen Reichskommissars für die Krankenkassen scheint jetzt nicht mehr im Vordergrund der Verhandlungen zu stehen, da das Verschwinden der alten Landesregierungen die früher bestehenden Widerstände beseitigt hat. Wenn doch noch ein Kommissar ernannt werden sollte, so käme dafür nach unseren Informationen nur der Reichsarbeitsminister selbst in Frage, der genau wie beim freiwilligen Arbeitsdienst die zentrale Vereinigung aller dieser Fragen in der Hand zu behalten wünscht.

### Dr. Werner (NSDAP) heßischer Staatspräsident.

**Darmstadt.** Montag nachmittag nahm der heßische Landtag die Wahl des Staatspräsidenten vor. Die Abgeordneten waren vollständig erschienen. Die Kommunisten waren im Landtag nicht anwesend. Landtagspräsident Prof. Dr. Werner wurde mit 45 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung zum Staatspräsidenten gewählt. Dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten, die den bisherigen Staatspräsidenten Dr. Abelung vorgeschlagen hatten.

Anschließendes wurde ein von den Nationalsozialisten eingebrachtes Ermächtigungsgesetz bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen, das die Regierung ermächtigt, alle Maßnahmen im Rahmen der Verfassung zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Land sowohl zur Sicherung von Personen und Eigentum, wie auch auf Finanzrechtlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Das Gesetz ist bis zum 1. Oktober 1933 befristet.

### Bayern macht die politischen Strafmaßnahmen gegen nationale Staatsdiener rückgängig.

**München.** Der Kommissar für das Innenministerium, Adolf Wagner, hat am Montag mit sofortiger Wirkung u. a. verfügt:

Sämtliche Entlassungen und Disziplinierungen, die in den letzten vierzehn Jahren nachweisbar wegen der Zugehörigkeit zu Organisationen der nationalen Erhebung, insbesondere der NSDAP, erfolgt sind, werden mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt. Die Entlassenen sind in die Stellen einzusetzen, die sie heute bekleiden würden, wenn die Maßnahmen gegen sie nicht erfolgt wären.

### Auslieferung der gelagerten Waffen und des beschlagnahmten Eigentums der NSDAP in Bayern.

**München.** (Funkhr.) In einem Erlass des Staatskommissars im Ministerium des Innern wird angeordnet, daß die bei den Bezirksämtern und sonstigen Stellen für Zwecke der Notzeit eingelagerten Waffen sofort an die nächsten SA- und SS-Zentralstellen auszuliefern sind. Die Bildung einer Hilfspolizei wird in kürzester Zeit von München aus organisiert werden.

Ein weiterer Erlass des Staatskommissars Wagner bestimmt, daß das infolge der Ereignisse vom 8.-9. November 1933 beschlagnahmte Eigentum der NSDAP in vollem Umfang an die Partei zurückzuführen ist. Für jeden entstandenen Schaden hat der bayerische Staat aufzukommen.

### Zwei Redakteure der Münchener Neuesten Nachrichten in Schutzhaft genommen.

**München.** Die die Polizeidirektion mittelst, wurden gestern vormittag der Hauptredakteur der Münchener Neuesten Nachrichten Fritz Buechner und der Leiter des innerpolitischen Teiles des Blattes Dr. Freiherr Gerwin v. Arstin in Schutzhaft genommen.

### Graf Arco wegen Vorbereitung eines Attentats auf den Reichskanzler in Schutzhaft genommen.



**München.** Die Polizeidirektion teilt mit: „Am Sonntag abend wurde Graf Arco in Schutzhaft genommen, weil er nach eigenen Angaben ein Attentat auf den Reichskanzler vorbereiten wollte.“

Es handelt sich um denselben Grafen Arco, der im Februar 1919 den bairischen Ministerpräsidenten Eisner, der den Sozialdemokraten angehörte, erschossen hat. Graf Arco trug bei dem Attentat selbst eine Schutzverletzung davon. Im Januar 1920 wurde Graf Arco zum Tode verurteilt, aber bereits einen Tag später zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt. Im April 1924 wurde Graf Arco Festungshaft unterbrochen. Bei der Amnestie anlässlich des 30. Geburtstages des Reichspräsidenten sprach die bayerische Regierung Arcos volle Begnadigung aus.

### Reichsminister Dr. Goebbels bleibt Berliner Gauleiter der NSDAP.

**Berlin.** Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels verabschiedete sich am Montag nachmittag nach der Übernahme seines neuen Amtes im Adolf-Hitler-Haus in der Rah-Strasse von den Angestellten und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle der NSDAP und dankte ihnen für die treue Zusammenarbeit. Er teilte mit, daß er sein Amt als Reichspropagandaleiter der Bewegung und als Berliner Gauleiter der NSDAP auf Befehl des Reichskanzlers Adolf Hitler beibehalten und sich durch bewährte Mitarbeiter vertreten lassen werde. Die Berliner Gauleitung der NSDAP hat in seiner Stellvertretung der Landtagsabgeordnete Justizoberinspektor Görlicher übernommen.

### Julius Lippert Kommissar der Stadt Berlin.

**Berlin.** Der Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, hat den Fraktionsführer der Nationalsozialisten im Berliner Stadtparlament, den Chefredakteur und Landtagsabgeordneten Dr. Julius Lippert, zum Kommissar zur besonderen Verwendung beim Oberbürgermeister der Stadt Berlin ernannt. Dr. Lippert wird sein Amt sofort antreten.

### Aufhebung

#### des Verbots des 8-Uhr-Abendblattes.

**Berlin.** Das 8-Uhr-Abendblatt, das gestern abend wieder erschienen ist, veröffentlicht auf der ersten Seite die Mitteilung über das Verbot des Blattes und gleichzeitig folgende Erklärung: Verlag und Redaktion des 8-Uhr-Abendblattes nahmen diese Maßnahme zum Anlaß, um mit den verantwortlichen Stellen über die Verbotsgründe in Verbindung zu treten. Hierbei wurden die Möglichkeiten einer Vermehrung ähnlicher Verbotsanlässe für die Zukunft erwogen. Nachdem der Verlag den Herrn Reichsminister Göring und dem Herrn Polizeipräsidenten eine in diesem Sinne liegende befriedigende Erklärung abgegeben hatte, und einen Beschluß in der Redaktion in der Form vorgenommen hat, daß der Leiter des politischen Teiles, Chefredakteur Jucker, fristlos entlassen und an seiner Stelle Fritz Kirchhof zum Chefredakteur ernannt wurde, erfolgte die Aufhebung des Verbotes.

### Das Verbot der sozialdemokratischen Presse um 14 Tage verlängert.

**Berlin.** (Funkhr.) Wie wir erfahren, hat der preussische Minister des Innern das Verbot der gesamten sozialdemokratischen Presse, das morgen abläuft, um 14 Tage verlängert.

### Schließung des Kölner Görreshauses aufgehoben.

**Köln.** Wie wir erfahren, ist die Montag früh erfolgte Schließung des Kölner Görreshauses im Laufe der Nacht zum Dienstag aufgehoben worden. Die drei im Görreshaus-Verlag erscheinenden Tageszeitungen Kölnische Volkszeitung, Kölner Volks-Anzeiger und Kölner Tageblatt werden daher heute wieder erscheinen.

### Das schwarze Brett



mag früher für die Verleumdung amtlicher Bekanntmachungen genügt haben. Heute, wo Entscheidungen von höherer Hand sehr oft und in kürzester Zeit bekannt gemacht werden müssen, ist die Zeitung der Lächerlichkeit und unzuverlässigen Nachrichtenverbreiter. In unserer eugenzeit ist also das schwarze Brett für alle, das Niejahr Zeigebrett, nicht nur allein für amtliche, auch für Familien-Nachrichten aller Art.

### Kürzung der bairischen Ministergehälter.

**München.** Der kommunistische Finanzminister Schäfer hat am Montag abend als erste Amtshandlung die Gehälter der bairischen Minister durch Verordnung zur Kürzung der Gehälter auf 12.000 Mark herabgesetzt. Die Auswärtigenminister für den Ministerpräsidenten kommt in Beifall. Diese Maßnahme trifft die Mitglieder der alten Regierung und nicht die Kommissare der neuen, da diese ihr Amt ehrenamtlich ausüben.

### Kommunistische Landtagsabgeordnete bekommen keine Diäten.

**Berlin.** Der Präsident des bairischen Landtags Hesel hat verfügt, daß den kommunistischen Abgeordneten keine Gelder mehr ausbezahlt werden. Die Diätenabklärung für die neuen Parlamentarier beannt im übrigen einen Tag vor dem erstmaligen Zusammentritt, jedoch die neuen Landtagsabgeordneten vom 21. März ab ihre Tagelöhne erhalten.

### Kommunistischer Kurier verhaftet.

**München.** In der Nähe der Stadt München wurde am Freitag durch die Stahlhelm-Polizei ein kommunistischer Kurier in dem Augenblick verhaftet, als er mit wichtigen Nachrichten zu seinen Auftraggebern nach Essen fahren wollte. Die Sichtung des Materials ist noch nicht abgeschlossen, zumal es zum größten Teil in Beheimatung abgesetzt ist. Der Verhaftete war im Besitz gefälschter Ausweise einer SS-Formation und hatte eine vollständige SS-Uniform. Aus den Papieren geht hervor, daß der Verhaftete vor einiger Zeit sogar mit der italienischen Wiltis in Verbindung gestanden hat. Es ist anzunehmen, daß keine Selbsttötung, auch auf außerordentliche nationale Organisationen erkrankte.

Die Parteilinie des bairischen Landtags wird von der Parteizentrale des bairischen Polizeipräsidiums beaufsichtigt.

### Schändung eines Ehrenmals in der Rheinprovinz.

**Trier.** In Trier bei Saarburg wurde der Kopf des von der Gemeinde errichteten Graberehrenmals, das aus Anlaß des Volkstrauertages geschmiert worden war, in unanständiger Weise beschmutzt. Die schwarz-weißen Fahnen lagen zerstückt auf dem Grab. Die Täter sind noch unbekannt. Ortsheimatler beobachteten in der Nacht ein Auto, das sich vom Denkmal aus nach der Saargränze bewegte. Man vermutet, daß es sich um eine Tat sozialdemokratischer Kommunisten handelt.

### Der Reichstagsbrandstifter nicht ohne Mitläufer.

**Berlin.** (Funkhr.) Die Justizverwaltung teilt mit: In verschiedenen Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß von der Wippe das Feuer im Reichstag allein angestrichelt habe. Das trifft nicht zu. Die Ermittlungen des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht haben zuverlässige Anhaltspunkte dafür ergeben, daß von der Wippe die Tat nicht auf eigenen Antrieb begangen hat. Zur Zeit können Einzelheiten im Interesse der Untersuchung nicht mitgeteilt werden.

### Kotarden-Erlaß der Reichsbahn. Die schwarz-rot-goldenen Kotarden werden abgeschafft.

**Berlin.** Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat an die Reichsbahndirektionen ein Telegramm gerichtet, in dem sie darauf hinweist, daß in letzter Zeit wiederholt Reichsbahnbedienstete wegen Tragens schwarz-rot-goldener Kotarden an der Dienstmütze angegriffen und beleidigt worden seien. Sie hat daher angeordnet, daß das Tragen von schwarz-rot-goldenen Kotarden bis auf weiteres dort untersagt werden soll, wo dadurch Ruhe und Ordnung auf dem Bahngelände gefährdet sind. Einige Reichsbahndirektionen haben darüber hinaus in den Auslieferungsbefehlen den Reichsbahnbediensteten das Tragen von schwarz-weißen Kotarden an der Dienstmütze bis zur endgültigen Neuordnung der Reichsfarben und der Reichskotarden freigestellt.

Wie wir hören, sind gleiche Maßnahmen auch bei anderen Behörden in Vorbereitung, deren Bedienstete an der Uniformmütze die schwarz-rot-goldene Kotarde tragen.

### Polizeiaktion gegen Kommunisten in Oesterreich.

**Wien.** Wie das Neue Wiener Extrablatt meldet, hat gestern mittag auf Grund von Anzeigen eine umfassende Polizeiaktion gegen die Wiener Kommunisten begonnen. Vor allem wurden Redaktion und Verlag der Roten Fahne, ferner der Roten Hilfe und die Wohnungen von Mitgliedern des kommunistischen Parteivorstandes einer Hausdurchsuchung unterzogen. Es wurde zahlreiches Material beschlagnahmt. Zahlreiche politische Flüchtlinge aus Deutschland, die im Verdacht stehen, sich in Wien politisch betätigt zu haben, wurden festgenommen.

Das Blatt meldet aus Salzburg, daß seit gestern früh in der Bergwerksstadt Dalken bei Kommunisten Hausdurchsuchungen nach Waffenlagern und Sprengstoffen unter Zuhilfenahme von Militär vorgenommen wurden.

### Verhaftung von Engländern in Moskau.

**Moskau.** In einer amtlichen Mitteilung der Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung heißt es, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Durch die von der DSWU. angeleitete Untersuchung einer Reihe unerworbener und folgerichtig wiederholender Beschädigungen in großen Kraftwerken wurde festgestellt, daß diese Beschädigungen auf die Tätigkeit verdächtigender Elemente unter den Staatsangestellten des Volkskommissariats für Schwerindustrie zurückzuführen sind, die sich die Zerstörung von Kraftwerken der Sowjetunion und die Ankerbetriebshaltung der von diesen Stationen belieferten Staatsfabriken zum Ziel gesetzt hatten. Die Untersuchung ergab, daß an der Tätigkeit dieser Schädigungsgruppe auch einige Angehörige der englischen Firma Metropolitan Works aktiv beteiligt gewesen seien. In dieser Angelegenheit wurden 31 Personen verhaftet, darunter fünf englische Staatsbürger, die Angehörige der Metropolitan Works sind. Diese werden jedoch nach einem Verhör und nachdem sie sich durch Unterschrift verpflichtet hatten, ihren Wohnsitz nicht zu verlassen, auf freien Fuß gesetzt.



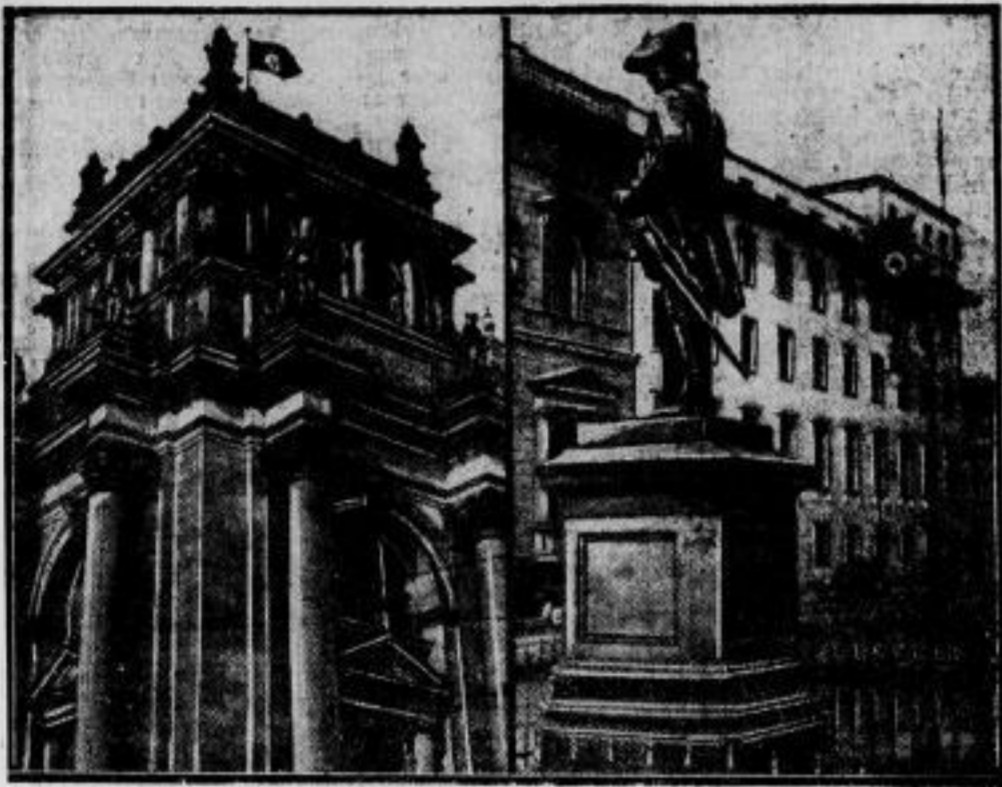








# Uminb vom Trogn in Bild und Wort.



Die Hakenkreuzfahnen auf dem Reichstag und auf der Reichskanzlei.

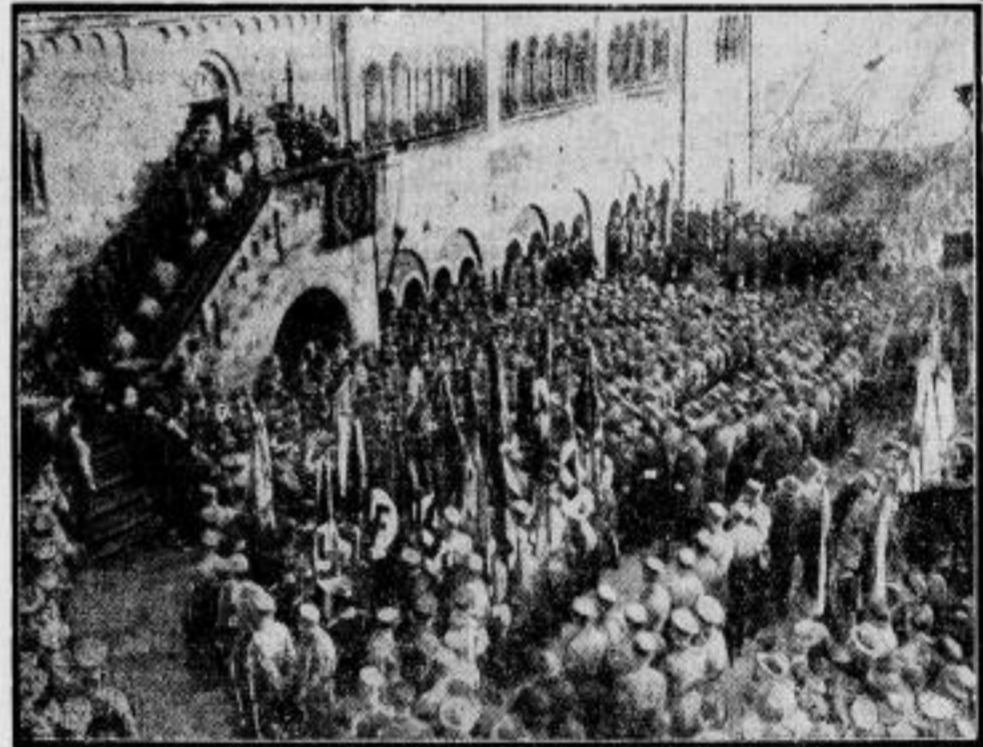
Entsprechend dem neuen Flaggenerlass sind auf den öffentlichen Gebäuden — so auch auf dem Reichstagsgebäude und an der Reichskanzlei in Berlin — jetzt überall die alten Reichsflaggen Schwarz-Weiß-Rot und die Hakenkreuzfahnen gehißt worden.



Im Ehrenmal Unter den Linden. Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Adolf Hitler (links) und Mitglieder der Reichsregierung und Reichswehr im stillen Gedenken im Ehrenmal Unter den Linden.



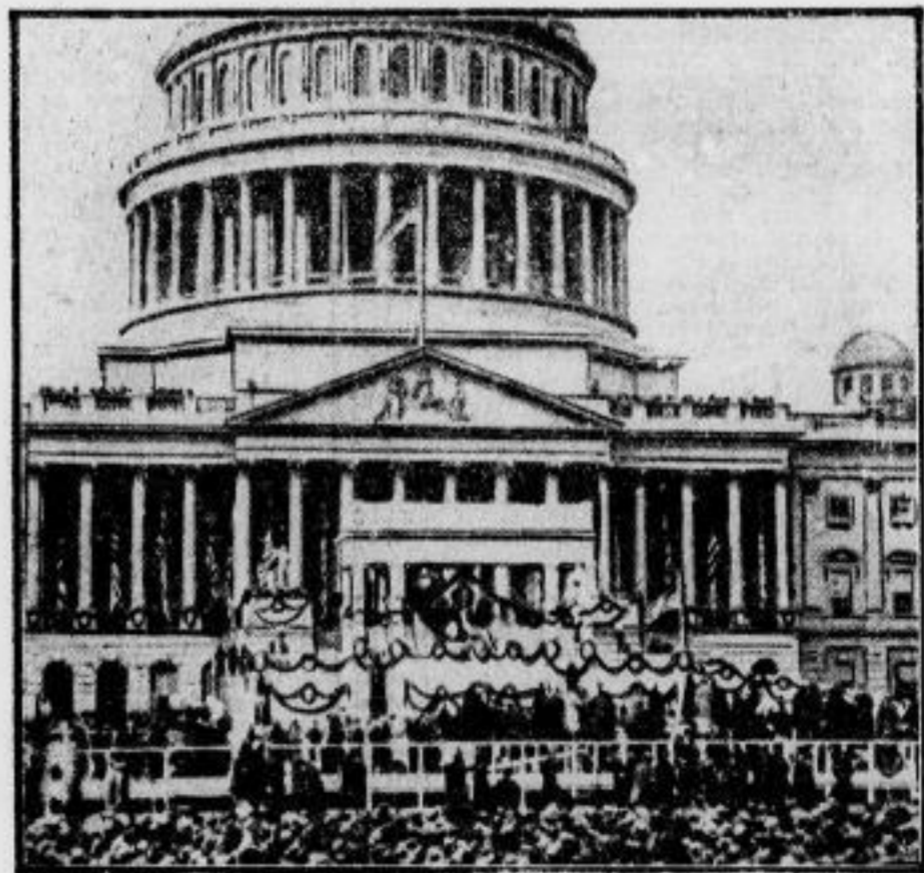
Der Reichspräsident und der Reichskanzler schreiten die Front der SA. ab. Bei den Feierlichkeiten am Volkstrauertage in Berlin schritten Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler die Front der Unter den Linden versammelten SA. ab.



Gefallenenedenkfeier auf der Wartburg. Unsere Aufnahme berichtet von einer Gedenkfeier am Volkstrauertage auf der Wartburg, veranstaltet von den nationalen Verbänden.



Auch im Ausland gedachte man der Gefallenen. Auf Veranlassung der deutschen Botschaft in London wurde anlässlich des Volkstrauertages am Grabmal des Hamburger Offiziers Carl Hans Ladl, der im November 1914 als angeblicher deutscher Spion im Tower zu London erschossen wurde, ein Kranz niedergelegt.



Das erste Originalbild vom Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten. Unsere Aufnahme berichtet von den Feierlichkeiten vor dem Kapitol in Washington bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, nach der Ablegung des Verfassungseides vor der neuen Präsidenten von der vor dem Kapitol errichteten Tribüne zu Zehntausenden von Zuschauern.

ren, be-  
ub auf-  
t beden.  
behalten.  
ren Ge-  
Nahren  
ien zu  
wegen  
angefrist  
begünsti-  
Geen  
imnesti-  
sicht des  
verlagten  
t haben.

U.  
s W.D.S.  
ffen, die  
en, nicht  
ist auch  
rüber be-  
weil fein  
sich aus  
über die  
nd, dem  
Schau-  
bestätigt  
htigung  
B. März.  
s Sonn-  
nabend  
25 000  
ten Bau  
Besucher  
n.  
b in den  
behörden  
den find.  
merfeldes

Bei Woken  
Militär-  
mit den  
Die ge-  
Morgen  
Schaden

sicht? —  
ufgabe. —  
Sie vom  
— 18.00:  
zene unge-  
— 19.00:  
0.20: Zeit-  
inomie, b-  
nachrichten.

— 11.30:  
Betrieben.  
elfen. Hör-  
ttbeus. —  
je Bücher-  
ysteme. —  
Tägliches  
imbe Funk-  
55: Jürgen  
slau: Eine  
1.20: Kaffe  
er Grenze.  
Ab 23.00

htenden  
Doktors  
a Sieger  
Biege in  
mit der  
g zahlen  
— der  
ihm den

o Malo-  
m Diner  
er hinter  
himmern  
te pldh-  
s Tages  
f Ober  
er eine

wandte  
eich war  
en. Nur  
Manne  
igte.  
fünfzehn  
g", sagte  
warmes  
ärtlicher  
e Rosen,  
n Garten  
Ich lebte  
e Eltern  
Keinen  
e Rosen-

folgt)

